



### Presseschau vom 23.12.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends:

*Lug-info.com*: Die Einführung von Sanktionen durch Washington gegen Vertreter der Republiken des Donbass zeigt das Verhältnis der USA zum Minsker Prozess und dem „normannischen Format“. Dies erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe Wladislaw Dejnego.

Heute hatte zuvor das Finanzministerium der USA eine Sanktionsliste veröffentlicht, die gegen natürliche Personen und Organisationen der RF, der Republiken des Donbass und der Ukraine gerichtet ist. Auf der Liste sind neben Dejnego auch der Vorsitzende des Ministerrats der LVR Gennadij Zypkalow, der kommissarische stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats Wasilij Nikitin und der Justizminister der Republik Sergej Kosjakow.

„Ich bin geschmeichelt über die Anerkennung meiner Verdienste gegenüber der Republik. Es ist bezeichnend, dass eine solche Entscheidung der USA unmittelbar am Tag der Durchführung des letzten Treffens der Minsker Kontaktgruppe im Jahr 2015 erfolgte. Dies ist eine allgemeine Bewertung des Minsker Prozesses von Seiten der Vereinigten Staaten. Das ist auch die Beziehung zum „normannischen Format“, meint Dejnego.

„Im Protokoll vom 5. September 2014 wird mir völlige Sicherheit garantiert“, erinnerte er.

Auf die Frage, ob er Konten bei amerikanischen Banken habe, sagte Dejnego:

„Wenn sie das irgendwo finden, werde ich das nach Beendigung der Sanktionen alles bekommen. Wenn sie eine solche Provokation aufbauen wollen, nun was soll es, ich gewinne dabei“, sagte der Bevollmächtigte der Republik.

De.sputniknews.com: Die spanische Zeitung „La Voz de Galicia“ hat den ukrainischen Spieler des FC Sevilla, Jewhen Konopljanka, wegen eines nationalistischen Schriftzuges des Faschismus beschuldigt. Der 26-Jährige Mittelfeldspieler hatte in einem Flugzeug „Es lebe die Ukraine. Es leben die Helden“ an die Wand gekritzelt.

In einem Beitrag unter dem Titel „Die Widmung eines Sevilla-Spieler an die Faschisten“ bringt „La Voz de Galicia“ ein Foto, auf dem Konopljanka vor seinem Schriftzug posiert. Die Zeitung erinnert daran, dass es sich dabei um den Slogan der nationalistischen „Ukrainischen Befreiungsarmee“ (UPA) handelt, die im Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Wehrmacht gekämpft und bei ethnischen Säuberungen in Lwiw und Ternopol 70.000 polnische Bürger umgebracht hatte.

Konopljanka hat in diesem Jahr mit dem ukrainischen FC Dnipro Dnipropetrowsk das Finale der UEFA Europa League erreicht. Zur Sommerpause 2015 wechselte er zum FC Sevilla. 2010 und 2012 war Konopljanka von der Sportzeitung „Ukrainsky Football“ zum ukrainischem Fußballer des Jahres gekürt worden...

### **Vormittags:**

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal das Territorium der Republik mit Granatwerfern beschossen. Dies teilte die Volksmiliz der LVR mit.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Republik wurde das Dorf Krasnyj Liman mit 82mm-Granatwerfern aus Richtung Trjochisbjonka um 15:50, 17:15, 21:46 und 00:00 beschossen. Insgesamt wurden 17 Granatgeschosse auf das Territorium der LVR abgeschossen.

Nach vorläufigen Informationen wurde in der Folge der Beschüsse niemand verletzt.

Am Dienstag, den 22. Dezember haben Kiew und die Republiken des Donbass eine Feuereinstellung in der Region ab 00:00 am 23. Dezember vereinbart.

De.sputniknews.com: „Alle gegen alle“: Gefangenenaustausch zwischen Donbass und Kiew noch nicht möglich

Die Ukraine-Kontaktgruppe hat keine Einigung hinsichtlich des Gefangenenaustauschs gemäß der Formel „alle gegen alle“ erzielt, wie der OSZE-Vertreter in der Kontaktgruppe, Martin Sajdik, mitteilte.

„Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen haben neue Bemühungen zum Informationsaustausch über die Schicksale beim Konflikt rechtswidrig festgenommener und vermisster Personen angestellt. Momentan gestaltet sich die Frage hinsichtlich deren Freilassung am schwierigsten. Leider konnten wir bislang keine Einigung diesbezüglich erzielen“, sagte Sajdik nach den Verhandlungen in Minsk.

Dem OSZE-Vertreter zufolge verhandeln die Seiten noch über die Festlegung eines Mechanismus zur Klärung der Schicksale vermisster Personen weiter. „Die Koordinierungsrolle soll dabei das Internationale Komitee vom Roten Kreuz spielen“, sagte Sajdik.

Der OSZE-Vertreter äußerte zudem die Hoffnung, dass die Konfliktparteien „einen neuen, humaneren Weg (der Freilassung rechtswidrig festgehaltener Menschen – d. Red.) während der Feiertage finden werden und sich darüber Gedanken machen werden, wie dieser umgesetzt werden könnte“.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30670/54/306705468.jpg>

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht nach dem Treffen der Kontaktgruppe in Minsk keine Wohngebiete in den frontnahen Städten und Bezirken der DVR beschossen. Dies teilten heute die örtlichen Behörden mit.

„Alles ist normal, in der Nacht war alles gut“, sagte der Leiter des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij. Über eine Einhaltung des „Regimes der Ruhe“ wurde auch aus den Bezirken Kiewskij, Kirowskij und Kujbyschewskij der Hauptstadt der DVR berichtet. Eine ruhige Lage herrschte auch in Makejewka, Gorlowka, Jasonowataja und den Bezirken Nowoasowsk und Starobeschewo. „Bei uns verlief die Nacht ruhig, ohne Vorfälle“, unterstrich der stellvertretende Leiter des Nowoasowskij-Bezirk der Republik Anatolij Janowskij.

### **Nachmittags:**

De.sputniknews.com: Amnesty International (AI) beschuldigt Russland der Kriegsverbrechen und „amnestiert“ dabei im Voraus die Daesh-Terroristen, sagte der Vize-Vorsitzende der Staatsduma, Nikolai Lewitschew, am Mittwoch gegenüber SputnikNews.

In einer am selben Tag veröffentlichten AI-Studie wird von Bombardements ziviler Objekte durch die russische Luftwaffe sowie von Opfern unter der Zivilbevölkerung berichtet.

Der Parlamentarier äußerte sein Bedauern darüber, dass die genannten Menschenrechtler Doppelstandards anwendeten „und nur dann aufwachen, wenn sie wieder einmal gegen Russland sticheln wollen“.

Amnesty International „hat irgendwo russische Streubomben und un gelenkte Geschosse gesehen, die angeblich auf friedliche Wohnviertel gefallen waren und syrische Zivilisten getötet haben sollen. Unerklärlich ist aber, wo sie waren, als ukrainische Kassettenbomben und un gelenkte Geschosse gegen friedliche Städte im Donbass eingesetzt wurden“, so der Abgeordnete.

AI schütze im Grunde genommen diejenigen, die Frauen und Kinder in die Luft sprengten und Andersgläubige enthaupteten, so Lewitschew.

„Es wird offensichtlich, dass zahlreiche solcher vermeintlichen Menschenrechtsorganisationen nichts weiter sind als Kopfnicker Washingtons und seiner

Verbündeten in der Druckpolitik gegenüber Russland“, so der Parlamentarier. Laut Wassili Lichatschow, Mitglied des GUS-Ausschusses der Staatsduma, trage der aktuelle Bericht von Amnesty International über den Einsatz der russischen Luftwaffe in Syrien einen russlandfeindlichen Charakter und ziele darauf ab, die Beteiligung Russlands am Prozess der friedlichen Regelung in Syrien zu kompromittieren. Lichatschow betonte, die russischen Streitkräfte würden sich bei ihrem Vorgehen in Syrien strikt an international anerkannte Regeln für militärische Operationen halten. Der Abgeordnete warf den AI-Aktivistinnen Russophobie vor, die eine immer schärfere Form annehme.

„...Warum spricht die Organisation Amnesty International nicht von Hunderten, ja Tausenden Toten bei militärischen, faschistischen Gewalttaten des IS (auch als Daesh bekannt – Anm. d. Red.)“, fragt Lichatschow rhetorisch. Russland führt seit dem 30. September auf Antrag des syrischen Präsidenten Baschar Assad präzise Luftschläge gegen Objekte des Islamischen Staates und der Jabhat an-Nusra in Syrien. Die russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte haben mit Unterstützung der Kaspischen Flotte und des U-Bootes „Rostow na Donu“ der Schwarzmeerflotte mehrere hunderte Extremisten getötet und tausende Objekte der Terror-Milizen zerstört.

Dan-news.info: Die Behörden der DVR haben in der Zeit vom 14. bis 21. Dezember Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an 28 Infrastrukturobjekten abgeschlossen, darunter an Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten. Dies teilte heute der Pressedienst des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft mit. Darunter sind 18 Objekte des sozialen Bereich, einschließlich Schulen und Kindergärten in Donezk, Gorlowka, Makejewka und im Amwrosiewskij-Bezirk, sechs Krankenhäuser und ein Heizwerk sowie zehn Mehrparteienwohnhäuser. „Die grundlegenden Schäden sind an der Verglasung, den Dächern, der Heizung und dem Abwassersystem“, heißt es im Ministerium. Derzeit werden an weiteren 178 Infrastrukturobjekten Arbeiten durchgeführt.

De.sputniknews.com: Ukrainisches Kabinett will Antwoortsanktionen gegen Russland Das Ministerkabinett der Ukraine hat das ukrainische Parlament darum gebeten, Wirtschaftssanktionen als Antwort auf Moskaus Entscheidung bezüglich der Freihandelszone und des Lebensmittelembargos zu erlauben, heißt es im Gesetzentwurf der Regierung, den das Parlament am Mittwoch auf seiner Website veröffentlicht hat.

„Mögliche zusätzliche Antwortmaßnahmen sind das Verbot außenwirtschaftlicher Geschäfte oder Einschränkungen ihrer Durchführung, die Aufhebung von Zollvergünstigungen durch ein Stopp der Steuerbefreiung auf Einfuhrzolltarife, durch die Erhebung ermäßigter oder voller Einfuhrzölle oder gar die komplette Aufhebung der Tarifquoten“, besagt der Gesetzentwurf.

Im Begleitschreiben wird insbesondere darauf verwiesen, dass das von Russland verhängte Lebensmittelembargo ab 1. Januar und die vorläufige Aufhebung des Vertrages über die Freihandelszone mit der Ukraine im Rahmen der GUS durch die Russische Föderation „eine Gefahr für die Interessen der nationalen Wirtschaftssicherheit, für die ökonomischen Interessen der Ukraine und die rechtmäßigen Interessen der Subjekte der außenwirtschaftlichen Tätigkeit schafft sowie Anzeichen von Diskriminierung gegenüber der Ukraine im Handel enthält“.

Am Dienstag hatte die Staatsduma der Russischen Föderation das Gesetz über die zeitweise Aussetzung des im Rahmen der GUS abgeschlossenen Freihandelsabkommens mit der Ukraine gebilligt. Das Dokument wurde von Präsident Wladimir Putin zur Erörterung ins Unterhaus des Parlaments eingebracht. Zuvor hatte er einen entsprechenden Erlass unterzeichnet, der für die Ukraine faktisch die Einführung von Zollgebühren gemäß dem Prinzip der Meistbegünstigung bedeutet. Die Senatoren erörtern das Dokument in der

Oberhaussitzung am 25. Dezember.

Laut Premierminister Dmitri Medwedew führt Russland ab dem 1. Januar zum Schutz seines eigenen Binnenmarktes für die Ukraine Zollgebühren und ein Lebensmittelembargo ein, ähnlich dem, das für die Länder gilt, welche die antirussischen Sanktionen unterstützt haben.

Lug-info.com: Pressekonferenz der Ministerin für Bildung und Wissenschaft der LVR  
Walentina Tkatschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Schulen der LVR sind zu 90% mit Schulbüchern versorgt.

„Im Zusammenhang mit dem schrittweisen Übergang auf Programme der RF mussten unsere Schulen mit Schulbüchern ausgestattet werden. Derzeit sind unsere Schule zu 90% mit Schulbüchern versorgt“, sagte Tkatschenko.

Die noch fehlenden Schulbücher werden aus der RF entsprechend bereits erfolgter Absprachen geliefert werden.

„Vor kurzem hatten wir ein Gespräch mit einem Vertreter der Bildungsministeriums der RF, wo wir eine gemeinsame Übereinkunft erzielten: alle fehlenden Schulbücher werden auf Rechnung der RF an uns geliefert werden“, berichtete die Ministerin.

„Sie reagieren sehr schnell auf unsere Bitten, soweit es möglich ist, wird uns mit allem geholfen“, fügte sie hinzu.

Die Republik verwendet keine ukrainischen Lehrpläne, nach denen bis zum Beginn der Kämpfe im Donbass der Unterricht auf dem Lugansker Gebiet stattfand.

„Ukrainische Lehrpläne werden von uns nicht verwendet, besonders nicht in Geschichte. Der Lehrplan für Geschichte erforderte grundlegende Änderungen“, sagte sie.

Gleichzeitig betonte Tkatschenko, dass der Unterricht der ukrainischen Sprache und Literatur nicht aus den Lehrplänen verschwunden ist und dies auch in Zukunft nicht geschehen wird.

„In der LVR gibt es zwei Staatssprachen – russisch und ukrainisch. Eine Sprache auszurotten würde heißen so vorzugehen, wie die Ukraine das tut. Ich meine, eine solche Entscheidung können nur Menschen mit einem niedrigen Intellekt treffen“, unterstrich die Ministerin.

Sie bemerkte dazu, dass „das Studium der ukrainischen Sprache und Literatur unsere Kinder nur bereichert“.

„Die Sache ist nicht die Sprache, sondern die Menschen, die für andere entscheiden, wie sie reden sollen, welche Literatur lesen, die historische Fakten auslöschen und so weiter. Ich denke, dass das Studium sowohl der russischen als auch der ukrainischen Sprache unseren Kindern nur Nutzen bringt“, meint Tkatschenko.

Etwa 200 durch die Kämpfe zerstörte Bildungseinrichtungen der LVR wurden bereit wieder aufgebaut.

„Wir hätten nicht 200 zerstörte Bildungseinrichtungen wieder aufbauen können, wenn es nicht das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft, das Koordinationszentrum für den Wiederaufbau gegeben hätte, die mit uns gemeinsam arbeiten“, sagte Tkatschenko.

16% der Einrichtungen wurden von Eltern und Lehrern eigenständig wieder aufgebaut.

„16% haben wir eigenständig wieder aufgebaut – das, was wir konnten. Unsere Eltern sind toll. Ich kenne viele Dorfschulen, wo die Eltern ein Maximum an Kräften eingebracht haben, um die Schulen in Ordnung zu bringen. Weil sie verstehen, dass es ohne eine Schule kein Dorf geben wird, die Jugend zieht weg, ihre Kinder müssen irgendwo lernen. Und es ist dies ein Bildungszentrum, ein Kulturzentrum. Und so haben die Eltern aktiv am Wiederaufbau dieser Schulen teilgenommen. Und bei dem, was sie nicht selber tun konnten, half beispielsweise das Koordinationszentrum“, berichtete sie.

„Die Lehrer arbeiten selbstlos sehr viel. Als Beispiel will ich das Dorf Zentralnyj im Perewalskij-Bezirk nennen. Dort haben zwei jungen Frauen – die Direktorin der Schule und das Dorfoberhaupt – ihre Mitbürger organisiert und Reparaturarbeiten durchgeführt. Dort war ein Geschoss auf die Schule gefallen, eine Wand wurde zerstört. Nachdem sie mit dieser Arbeit begonnen hatten, erhielten sie zusätzlich Hilfe von Seiten des Republikoberhauptes“, fügte die Ministerin hinzu.

Sie fügte auch hinzu, dass die Wiederaufbauarbeiten an den Schulen der Republik weitergehen.

„Wir haben völlig zerstörte Objekte – das sind etwa 7%. Sie werden wieder aufgebaut“, versicherte Tkatschenko.

„Und in anderen Schulen wurden beispielsweise Fenster neu eingebaut, dort gab es nur einfache Fenster. Dort wurden nun Doppelglasscheiben eingebaut, damit es wärmer ist. Außerdem wurde 20 Jahre lang an den Heizwerken absolut nichts getan. So gibt es auch dort viel Arbeit. Aber all diese Reparaturen gleichzeitig durchzuführen ist einfach nicht möglich. Einige Fragen werden zurückgestellt, andere gelöst. Aber die Reaktion von Seiten unserer Regierung läuft sehr aktiv“, berichtete die Ministerin.

De.sputniknews.com: Russischer Wirtschaftsminister stellt den USA Gegen-Sanktionen in Aussicht

Eine russische Antwort auf die erweiterten Sanktionen der USA ist möglich. Dabei werden diese jedoch keinen bedeutenden Einfluss auf die makroökonomische Situation im Land haben, meint der russische Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew.

„Ich glaube, dass eine symmetrische Antwort in diesem Fall gängige Praxis ist. Wenn unfreundliche Maßnahmen getroffen werden, gibt es gewöhnlich eine Antwort darauf. Deswegen sollte eine solche Reaktion unsererseits normal sein“, sagte Uljukajew gegenüber Journalisten auf die Frage, ob eine russische Antwort auf die US-Sanktionen möglich wäre. „Da diese Sanktionen zum größten Teil gegen Personen – natürliche und juristische – gerichtet sind, also keine sektoralen Sanktionen sind, haben sie keine Bedeutung für die Gesamtwirtschaft. Das ist nur politisch motiviertes Verhalten, das wohl eine ebenso politische Antwort erfordert“, fügte Uljukajew hinzu.

Die USA ergänzten am Dienstag die Sanktionsliste gegen Russland mit 34 weiteren juristischen und natürlichen Personen. Auf der Liste landeten unter anderem einige Tochterunternehmen von Russlands größten Banken – Sberbank und VTB — sowie die Tochter der Technologie-Holding Rostech. Diese Unternehmen sollen laut der US-Behörde Russland bei der Einmischung in ukrainische Angelegenheiten behilflich gewesen sein. Das US-Finanzministerium macht keinen Hehl daraus, dass die Sanktionen ein Einflussmittel sind, damit Russland „die Souveränität der Ukraine respektiert“.

Dnr-news.com: Am 29. Dezember wird in Donezk auf der Bühne der Donbass-Oper der Held der DVR, Volkskünstler der UdSSR und der DVR Josef Kobzon auftreten. Dies wurde am 23. Dezember auf einer Pressekonferenz in Donezk vom amtierenden Kulturminister der DVR, dem Mitglied der gesellschaftlichen Bewegung "Donezkaja Respublika" Michail Sheltjakow angekündigt....

Dies ist das sechste Konzert im Donbass während des gegenwärtigen Krieges. Josef Kobzon bringt beim Besuch in seiner Heimat immer eine große Lieferung humanitärer Hilfe mit. Alle Konzerte Kobzons sind für seine Landsleute kostenlos.

"Nicht ein einziges Konzert-Tickets Kobzons und anderer Interpreten aus Russland wurde verkauft. Sie werden durch verschiedene Organisationen, darunter die Organisation der Veteranen, verteilt", sagte Michail Sheltjakow.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-12/thumbs/1450871181\\_1387354323\\_777.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-12/thumbs/1450871181_1387354323_777.jpg)

De.sputniknews.com: Opposition: Staatschef Poroschenko zieht sein Kapital aus Ukraine ab  
Entgegen seinen Wahlversprechen lehnt der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den Verkauf seines Schoko-Imperiums ab. Jetzt bringt er nach Angaben der Opposition auch noch sein Kapital außer Landes. Ex-Präsidentenberater Andrej Portnow sieht Anzeichen dafür, dass der Staatschef sich damit eine Hintertür offen hält.

In einem Beitrag für die ukrainische Zeitung Obozrevatel behauptet Portnow, dass Präsident Poroschenko nicht an eine eigene Zukunft in der Ukraine glaube und deshalb sein Kapital ins Ausland abziehe. Als Beleg veröffentlichte der ehemalige Berater von Präsident Viktor Janukowitsch eingescannte Unterlagen, die vom ukrainischen Zollamt stammen sollen. Anhand der Unterlagen analysiert Portnow das Geschäft der Poroschenko gehörenden Brotfabrik im westukrainischen Winnyzja. Die Fabrik exportiere über Großbritannien in die Türkei. Sämtliche Finanztransaktionen würden über eine britische Offshore-Firma mit Sitz in der Steueroase Belize (Zentralafrika) abgewickelt, wo keine Steuern gezahlt werden müssen. Auch Poroschenkos Süßwarenkonzern Roshen betreibe seine Handelsaktivitäten in den Offshore-Finanzplätzen Belize und Panama (Zentralamerika), um keine Steuern in der Ukraine zu zahlen. Poroschenkos Unternehmensgruppe Ukrprominvest sei bereits nach Panama umgezogen.

„An diesem Beispiel möchte ich ein weiteres Mal zeigen, dass Petro Poroschenko für sich keine langfristigen Zukunftspläne in der Ukraine baut (...), sein Geld im Ausland versteckt, Steuern hinterzieht und nur selektiv gegen die Oligarchen kämpft“, schreibt Portnow. Dass Präsident Poroschenko seine Finanzen aus der Ukraine in Steueroasen verlege, möge dafür sprechen, dass er nicht an einen Erfolg seiner Präsidentschaft glaube.

Neben den erwähnten Firmen besitzt Poroschenko, seit Juni 2014 ukrainischer Präsident, Anteile an Banken, Versicherungsunternehmen und einer Werft sowie ist Eigner des TV-Senders 5. Kanal. Im ukrainischen Wahlkampf hatte der im Westen gern gesehene Milliardär versprochen, im Falle des Wahlsiegs seine Geschäfte zu verkaufen, lehnt das jetzt jedoch ab – mit der Begründung, bis jetzt keine Käufer gefunden zu haben.

Nach Angaben des britischen Senders BBC sind Poroschenkos Einnahmen nach einem Jahr Präsidentschaft um das Siebenfache gewachsen. Im Wahlkampf hatte der damals 49-jährige Großunternehmer die Bekämpfung der „Oligarchen-Wirtschaft“ zu einem seiner Hauptziele erklärt.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30671/37/306713743.jpg>

Ukrinform.ua: In der Zone der Antiterror-Operation (ATO) wurden die Beschießungen der ukrainischen Positionen in allen Richtungen trotz der Waffenpause festgestellt, erklärte auf dem Briefing in Kiew der Vertreter der Administration des Präsidenten für ATO, Oberst Andrij Lysenko, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Gestern, 22. Dezember, erreichte die trilaterale Kontaktgruppe die Vereinbarung der Feueinstellung ab der Mitternacht heute, 23. Dezember. Dafür haben die illegalen bewaffneten Gruppen schon geschafft, diese Vereinbarungen zu brechen: zum Anfang des Tages wurden sieben feindliche Beschießungen unserer Positionen, buchstäblich an allen Fronten festgestellt“, sagte Lysenko.

Ihm zufolge zeigen solche Aktionen wieder einmal, dass „illegale bewaffnete Formationen eine friedliche Beilegung des Konflikts nicht wollen und versuchen, ihre Brauchbarkeit dem Kreml zu beweisen“.

Dnr-online.ru: Mitteilungen des Verteidigungsministeriums der DVR (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich in den letzten 24 Stunden nicht geändert. Die ukrainischen Truppen haben viermal das Regime der Feueinstellung verletzt. Beschossen wurden die Gebiete der Ortschaften Sajzewo, Spartak, der Petrowskij-Bezirk und das Gebiet am Flughafen der Stadt Donezk unter Anwendung von Granatwerfern und Schusswaffen. Auf das Territorium der Republik wurden mehr als zehn Granatgeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

Das Verteidigungsministerium der DVR teilte auch mit, dass die Aufklärung der DVR weiterhin eine Verschiebung von Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte entlang der gesamten Kontaktlinie feststellt:

„So wurde in folgenden Ortschaften festgestellt:

Nowoselowka, 10km von der Kontaktlinie, die Ankunft von vier Panzern, zwei Mehrfachraketenwerfern „Grad“, acht Einheiten Panzertechnik und 100 Mann;

Mirnoje, 11 km von der Kontaktlinie, vier Panzer, zwei Artilleriegeschütze „Akazija“, zwei Mehrfachraketenwerfer „Grad“, sechs Einheiten Panzertechnik, drei gepanzerte Mehrzwecktransporter und 120 Mann;

Wolnowacha, 17 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von zehn Panzern, zehn Artilleriegeschützen „Akazija“ und zehn Mehrfachraketenwerfern „Grad“.

Von unseren Quellen auf dem zeitweise besetzten Territorium trafen Informationen ein, dass in Artjomowsk 200 ausländische Söldner mit Abzeichen der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen sind. Es wird festgestellt, dass unter den Söldnern sowohl englischsprachige

Vertreter als auch polnischsprachige, slowakischsprachige und türkischsprachige sind. Außerdem ist in Mariupol eine Gruppe türkischer Söldner in einer Stärke von 100 Mann eingetroffen, ihr Hauptziel ist die Durchführung von Provokations- und Diversionsaktivitäten an militärischen und zivilen Objekten an der ufernahen Zone sowohl der DVR als auch der RF“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Verlogene ukrainische Massenmedien verschärften weiterhin die Situation mit Meldungen über eine angebliche Einnahme von Kominternowo im Süden der Republik durch Soldaten der DVR.

„Dies ist eine weitere dreiste Lüge, die auf die Diskreditierung der Streitkräfte der DVR, die Eskalation des Konflikts im Donbass gerichtet und ein Mittel ist, die eigenen Besetzungen der Ortschaften Pischtschewik, Pawlopol, Winogradnoje, Gnutowo, Schirokino, Bachmutowka und Showanka, die sich in der Pufferzone befinden, zu rechtfertigen. Gestern ist in Minsk die Kontaktgruppe zur Regelung des bewaffneten Konflikts im Donbass zu der allgemeinen Entscheidungen gekommen, dass ab 00:00 am 23. Dezember 2015 ein vollständiges und bedingungsloses Regime der Ruhe in Kraft tritt. Trotz beschießen ukrainische Truppen weiterhin das Territorium der Republik mit verschiedenen Waffen und konzentrieren auch schwere Waffen an der Kontaktlinie.

Von unserer Seite aus werden die Forderungen der Minsker Vereinbarungen im vollen Umfang erfüllt, aber im Fall der Entfachung einer Aggression von Seiten der ukrainischen Truppen sind wir bereit, dem eine würdige Abfuhr zu erteilen“, wurde im Verteidigungsministerium kommentiert.

De.sputniknews.com: Freihandel: EU drängt Kiew zu Verletzung seiner Verpflichtungen gegenüber Russland

Die EU drängt Kiew zur Verletzung seiner Verpflichtungen gegenüber Russland sowie im Rahmen des GUS-Freihandels, wie Russlands Außenamtssprecherin Maria Sacharowa in einem RIA-Nowosti-Interview sagte.

Am 21. Dezember fand in Brüssel das Abschlusstreffen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine statt, bei dem auch Russland vertreten war. Bei dem Treffen sollten die EU, Kiew und Moskau sich über die Anwendung des Freihandelsabkommens, das Teil des 2014 unterzeichneten EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine ist, einigen und die letzten Bedenken Russlands dazu ausgeräumt werden. Doch die Gespräche scheiterten.

Russland habe tatsächlich versucht, eine Übereinstimmung zu finden, teilte Sacharowa mit. „Es hat sich aber herausgestellt, dass die Bereitschaft der EU und der Ukraine, die Anwendung des Handels- und Wirtschaftsteils des Abkommens um ein Jahr zu verschieben nur ein Manöver und ein taktischer Trick war“, sagte sie. „In der Tat hatte weder Kiew noch Brüssel vor, zu verhandeln“.

„Außerdem hat die Ukraine all diese Zeit aktiv an der Anpassung ihrer Gesetze an die Forderungen des Assoziierungsabkommens gearbeitet“, so die Sprecherin. Brüssel habe dabei durch die Finger gesehen und sich auf die „souveräne Wahl“ der Ukraine bezogen. „In der Tat wird die Ukraine angeschoben, ihre bilateralen Verpflichtungen uns gegenüber sowie im Rahmen des GUS-Freihandels zu verletzen. Für uns wird das als ‚normale‘ Situation präsentiert, auf die wir nicht reagieren sollten“, so Sacharowa.

Die Ukraine beginnt ab 1. Januar 2016 den Freihandel mit der EU. Um seine Interessen und seinen Markt zu schützen, stoppt Russland sein Freihandelsabkommen mit Kiew und führt Zollgebühren auf einige ukrainischen Waren ein.

Lug-info.com: Die Falschmeldungen Kiews über den Tod von Soldaten der Volksmiliz bei Staniza Luganskaja zeugen davon, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte einfach nicht über Informationen über die Situation im Bereich der Kontaktlinie verfügt. Dies erklärte heute der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz Oberst Igor Jaschtschenko.

„Auf der Seite der Hauptaufklärungskoordination der Ukraine sind Informationen über den angeblichen Tod von Soldaten der Volksmiliz veröffentlicht, in der Folge einer Explosion von Munition während des Ausladens im Bereich von Staniza Luganskaja. Ein weiteres Mal bestätigen diese Informationen, dass das oberste Kommando der ukrainischen Streitkräfte nicht über Informationen über die wirkliche Lage der Dinge und der Kräfte an der Kontaktlinie verfügt“, sagte er.

„Erstens befindet sich Staniza Luganskaja vollständig unter Kontrolle der ukrainischen Truppen. Zweitens haben wir Informationen, dass in dieser Ortschaft am 20. September das Ausladen von Munition durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte erfolgte. In der Folge des unvorsichtigen Umgangs mit Munition erfolgte eine Explosion, in deren Folge vier ukrainische Soldaten starben und 16 mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurden“, teilte Jaschtschenko mit.

„Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte während des Ausladens einfach betrunken waren“, fuhr er fort. „Nach vorliegenden zuverlässigen Informationen litten an diesem Tag 20 Soldaten an Alkoholvergiftung, fünf von ihnen fielen ins Koma“.

Jaschtschenko teilte auch mit, dass „die ukrainischen Streitkräfte weiterhin die Zahl der durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen schweren Waffen und des Personals in der Nähe der Kontaktlinie erhöhen“.

„So wurden in Nishnij Mintschnok, 25 km von der Kontaktlinie, auf dem Territorium eines alten Bauernhofs Artilleriegeschütze mit Ausrüstung stationiert“, erklärte er.

„Auf diese Weise besteht die militärisch-politische Führung der Ukraine in ihren Erklärungen weiterhin auf einer militärischen Lösung des Konflikts im Donbass und bedroht den ohnehin brüchigen Waffenstillstand“, fasste der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz zusammen.

## **Abends:**

De.sptniknews.com: Krim: Mit EU-Visafreiheit lässt sich die Rückkehr in die Ukraine nicht erkaufen

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko kann die Bewohner der Schwarzmeer-Halbinsel Krim mit „süßen Bonbons“ in Form der Abschaffung der Visapflicht mit der EU nicht zu bestechen, wie der Vizechef des Krim-Parlaments Andrej Kosenko zu RIA Novosti sagte. Laut Poroschenko wird die Visafreiheit für die Ukraine in die EU bereits ab 2016 gelten, was für die Rückkehr des Donbass und der Krim strategisch wichtig ist.

„Ich schließe nicht aus, dass einige Krim-Bewohner einfach die Möglichkeit nutzen werden, über die Ukraine auszureisen. Dennoch denke ich nicht, dass dies für die Krim-Bewohner vom Standpunkt der Zugehörigkeit der Krim aus entscheidend sein wird. Die absolute Mehrheit der Krim-Bewohner hat ihre Wahl getroffen und es gibt für sie keinen Weg zurück. Deshalb denke ich, dass solche süßen Bonbons wie der visafreie Verkehr die politische Meinung der Krim-Bewohner nicht beeinflussen können“, sagte Kosenko.

Außerdem stelle Europa mit seiner degradierenden Wertordnung für die Krim-Bewohner kein besonderes Interesse dar.

Wie Kosenko betonte, wird die Visafreiheit ein neues Problem für Europa — einen Zustrom von ukrainischen Arbeitsmigranten — hervorrufen....

Ukrinform.ua: Die Erfahrung von Israel im Bereich der Verteidigung und der nationalen Sicherheit ist äußerst wertvoll und nützlich für die Ukraine.

Das sagte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, in seiner Rede in der Knesset in Israel, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Das Thema Israels – der Wirtschaft, Sicherheit, Gesundheit, Wissenschaft – hört man sehr oft in den ukrainischen Medien. Mit besonderem Interesse und Sympathie wenden sich unsere Medien derzeit an die Problematik der Israelischen Verteidigungstreitkräfte. Heute muss die Ukraine ähnliche Aufgaben lösen, die Ihr vor zehn Jahren hattet. Ihre Erfahrung ist sehr wertvoll und nützlich für die Ukraine“, sagte Poroschenko.

Er hob hervor, dass die Ukrainer vor zwei Jahren der modernen Welt gezeigt hatten, wie man dank nur der Geisteskraft und der Einheit einfacher Menschen die mächtige und repressive Machtmaschine besiegen kann.

In diesem Kontext dankte das ukrainische Staatsoberhaupt jüdischen Organisationen in der Ukraine, die die Revolution der Würde unterstützt hatten.

Laut Poroschenko setzt die Ukraine angesichts der Bedrohung der Souveränität und Integrität der Ukraine ein umfassendes Reformprogramm um und es geht nicht um die „kosmetische Ausbesserung“, sondern um die volle Transformation des gesamten Staatssystems: das sind Bekämpfung der Korruption, Dezentralisierung, Justiz- und Verteidigungsreform, Verbesserung des Geschäftsklimas.

„Und davon, wie entschlossen und beharrlich wir auf diesem Weg sein werden, hängt buchstäblich unsere Zukunft ab. Die Ukraine wird, wie Israel, standhalten, nicht aufgeben, und wird dadurch stärker hervorgehen“, resümierte der ukrainische Staatschef.

De.sputniknews.com: Poroschenko kürt jüdisches Volk zum Erschaffer der Ukraine

Die Juden als Nation haben an der Erschaffung der Ukraine unmittelbar teilgenommen, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im israelischen Parlament (Knesset) erklärte. Das teilte der Fernsehsender „112 Ukraina“ am Mittwoch mit.

Der Politiker nannte die Ukraine „einen Vorposten der Demokratie“ im Osten Europas.

„Ähnlich wie Israel hat die Ukraine einen Nachbarn, der unser Existenzrecht leugnet, und wir streben genauso wie Ihr vor allem nach Frieden.“

Poroschenko beschuldigte Moskau der Finanzierung des Terrorismus in der ukrainischen und der Nahost-Region. In seiner Stellungnahme zur Stationierung russischer Fla-Raketensysteme „Triumph“ in Syrien sagte der ukrainische Staatschef: „Die vor kurzem verlegten Raketenkomplexe S-400 können das Kräftegleichgewicht in der Region, auch beim Widerstand gegen die äußere Aggression, wesentlich beeinflussen.“...



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30666/85/306668579.jpg>